

VU fordert «Klimatest» für staatliche Geldanlagen

Die VU-Fraktion möchte mit einem Postulat prüfen lassen, wie nachhaltig das Staatsvermögen angelegt ist.

Patrik Schädler

Die extern verwalteten Vermögen des Staates inklusive ALV-Fonds belaufen sich per Ende Juni 2019 auf 2 Milliarden Franken, bei den **AHV/IV/FAK-Anstalten** auf 3,2 Milliarden, bei der Stiftung Personalvorsorge auf 1,2 Milliarden und bei der LLB Vorsorgestiftung für Liechtenstein auf knapp 800 Millionen Franken. Alles zusammen ein nicht unerhebliches Anlagevolumen von 7,2 Milliarden Franken.

Dies geht aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Christoph Wenaweser (VU) im September-Landtag hervor. Doch wie nachhaltig ist die-

ses staatliche und staatsnahe Vermögen angelegt? Dieser Frage möchte die VU-Fraktion mit einem Postulat nachgehen.

Der Staat soll mit gutem Beispiel vorangehen

Mit dem Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 hätten sich die Beitrittsstaaten, zu denen Liechtenstein gehört, drei Hauptziele gesetzt. «Eines dieser Ziele impliziert, dass Finanzflüsse klimaverträglich zu gestalten sind. Das bedeutet, künftig soll vermehrt in umweltfreundliche und zukunftssträchtige Technologien investiert werden. Auch bei den Sustainable

Development Goals (SDG) der UNO ist nachhaltige Finanzierung ein Thema. Die Regierung soll in der Postulatsbeantwortung zeigen, wie nachhaltig die Gelder angelegt sind bzw. erklären, warum eventuell nicht nachhaltig angelegt wird», schreiben die Postulanten in einer Mitteilung.

Die Schweiz hat 2017 einen ersten freiwilligen Test zur Klimaverträglichkeit von Portfolios von Pensionskassen und Versicherungen durchgeführt. Dieser Test ergab, dass die heutigen Investitionen eine Erderwärmung von vier bis sechs Grad unterstützen. Deshalb ortet die VU-Fraktion auch einen Handlungsbedarf bei der Wirtschaft.

So soll die Regierung auch privaten Akteuren Vorschläge unterbreiten, wie sie dazu beitragen können, die Klimaziele von Paris zu erreichen. «Umso wichtiger ist es auch, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangeht. Dafür müssen die Entscheidungsträger wissen, wo die Gelder angelegt sind», schreiben die Postulanten. Sie fordern deshalb ein proaktives Handeln der Regierung. «Bei der Höhe der Anlagebeträge des Staates und der staatsnahen Betriebe liegt jedenfalls der Schluss nahe, dass man als kleines Land mit einem starken Finanzplatz in Sachen Klima und Nachhaltigkeit gerade auch vorbildhafte Wirkung erreichen kann.»